

V6

Antrag

**Frauen*Vollversammlung von Bündnis 90/Die Grünen Berlin am 23.
September 2023**

Initiator*innen: Katja Zimmermann (KV Berlin-Mitte)

Titel: **Ein zentrales Mahnmal "Gegen sexualisierte
Gewalt" in Berlin**

Antragstext

1 Wir, als Bündnis 90/ Die Grünen, sprechen uns für ein zentrales Mahnmal „Gegen
2 sexualisierte Gewalt“ in Berlin aus. Die Gestaltung des Mahnmals soll in einem
3 vom Senat und dem Bund ausgeschriebenen künstlerischen Wettbewerb entschieden
4 werden und die verschiedenen Formen und Ebenen von sexualisierter Gewalt
5 berücksichtigen.

6 Mit dem Mahnmal soll ein Ort des Gedenkens und der Anerkennung des Leidens von
7 Opfern sexualisierter Gewalt, sowie ein Raum der Auseinandersetzung mit und
8 Aufklärung über die Strukturen und Ursachen von sexualisierter Gewalt geschaffen
9 werden. Veranstaltungskonzepte können von Anfang an mitgedacht werden.

10 Außerdem sprechen wir uns für die verstärkte Beschäftigung mit dem Thema
11 „Sexualisierte Gewalt“ in den Berliner Bezirken aus. Hier sollen weitere Orte
12 der Auseinandersetzung entstehen und Hilfsangebote für Opfer sexualisierter
13 Gewalt, sowie Präventionsmaßnahmen gestärkt werden.

14 Langfristig soll ein berlinweites Gesamtkonzept erarbeitet werden, welches die
15 Strukturen sexualisierender Gewalt aufarbeitet, den Opfern gedenkt, und Teil der
16 Erinnerungspolitik ist.

Begründung

Mit der im Jahr 2000 verabschiedete UN-Resolution 1325 wurde die Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt in humanitären Notsituationen und Konflikten sowie die Beteiligung von Frauen in internationalen Friedens- und Sicherheitsprozessen zu einem integralen Bestandteil des Mandats des UN-Sicherheitsrats. Die Resolution und ihre zahlreichen Nachfolgeresolutionen haben zum Ziel, Frauen in Konflikten besser vor sexueller Gewalt zu schützen.

23 Jahre später führen uns die jüngsten Ereignisse in der Ukraine und Iran schmerzhaft vor Augen, wie sexualisierte Gewalt weiterhin gezielt als Waffe eingesetzt wird.

Die Parlamentarische Versammlung des Europarates hat im Januar 2023 die Resolution 2476 verabschiedet, in der die Mitgliedstaaten und die nationalen Parlamente aufgefordert werden, sich für die Verhinderung und Prävention von konfliktbezogener sexueller Gewalt in Friedenszeiten und in Konfliktsituationen einzusetzen, und gleichzeitig bekräftigt, dass konfliktbezogene sexuelle Gewalt ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit und ein Kriegsverbrechen ist. Denn erst seit den Massenvergewaltigungen in Bosnien-Herzegowina in den 1990er Jahren wurde sexualisierte Gewalt in bewaffneten Konflikten überhaupt verstärkt in Öffentlichkeit und Politik als solche anerkannt.

Sexualisierte Gewalt vernichtet Menschen, zerstört Gemeinschaften und hindert den Wiederaufbau nach Konflikten. Sexualisierte Gewalt ist bereits in Friedenszeiten Alltagserfahrung für viele Frauen und Mädchen. Auch vor Ausbruch eines Krieges kann sexualisierte Gewalt Bestandteil von Pogromen oder anderen Formen der Unterdrückung sein. In jedem Fall ist sie immer Teil eines übergeordneten Systems der Diskriminierung und Unterdrückung.

Sexuelle Gewalt hat viele Ebenen. Von besagter Einsetzung als Waffe in kriegerischen Auseinandersetzungen, über sexuelle Gewalt in Beziehungen, der Familie, im öffentlichen Raum und in Institutionen, wie Arbeitsplatz und Schulen. Sie wird bis heute gezielt benutzt, um Prozesse der Macht fortzusetzen und FLINTA*-Personen ohnmächtig zu machen. Sie resultiert aus einem System, welches aufgebaut wurde, um FLINTA*-Personen zu unterdrücken, ihre Kraft auszunutzen und sie dabei gleichzeitig in Schach zu halten.

Bis heute werden viele dieser Verbrechen verschwiegen, nicht ausreichend aufgearbeitet oder einfach weggeschaut. Als Bündnis90/Die Grünen möchten wir ein wichtiges und dringendes Zeichen setzen und diesem wichtigen Thema mehr Raum im öffentlichen Diskurs unserer Hauptstadt geben. Dafür sehen wir in dem Mahnmal einen bedeutenden/bedeutsamen Schritt.